

Österreichs Rolle in der Europäischen Verteidigungsunion

Auf den bisher treuesten militärischen Verbündeten, die USA, ist seit Donald Trump nicht mehr vollständig Verlass, tönt es aus allen Ecken Europas. Zeit also, ein lang gehegtes Projekt europäischer Einigung aus der Mottenkiste zu holen und voranzutreiben: die Europäische Verteidigungsunion. Erste Schritte wurden gesetzt, aber eine EU-Armee bleibt vorerst Utopie.

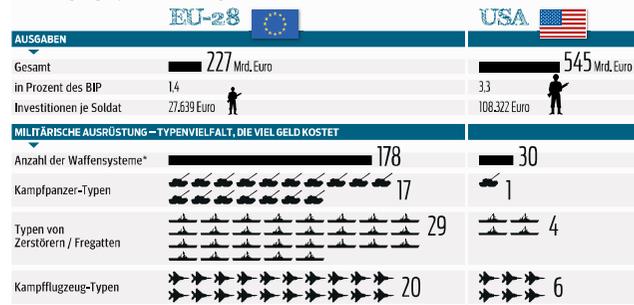
VON INGRID STEINER-GASHI

Eine Europäische Armee? – Zukunftsmusik, die es auf absehbare Zeit nicht spielen wird. Doch die bisher noch nicht sehr weit gediehene „Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“, soll konkretere Formen annehmen, wenn es nach dem Willen der EU-Mitgliedsstaaten geht.

Der Stand bisher: 28 EU-Staaten, 28 nationale Armeen, 28 Verteidigungsstrukturen. Insgesamt geben die EU-Staaten rund ein Drittel von dem aus, was die USA für ihre Verteidigung aufbringen. Doch sie kommen nur auf zehn bis maximal 15 Prozent der amerikanischen Fähigkeiten. Mehr Koordination auf dem Weg zu einer Europäischen Verteidigungsunion muss deshalb her, lautet die Vorgabe aus Brüssel. Synergien müssen besser genutzt, Reibungsverluste reduziert werden. Auch die Entwicklung eines gemeinsamen militärischen Planungsstabes steht im Raum. Battle Groups sollen geschaffen, Verteidigungsprojekte gemeinsam umgesetzt werden.

Brexit bringt Bewegung
Seit klar ist, dass sich Großbritannien aus der EU verabschieden wird, kamen die Dinge in Bewegung: Bisher war das Vereinigte Königreich und seine – auf EU-Niveau alles dominierende – Armee der größte Bremser in Sachen vertiefter militärischer europäischer Kooperation. Nun ist der Weg frei in Richtung „Ständiger Strukturierter Zusammenarbeit“, auf Englisch: zur

Verteidigungssysteme im Vergleich



*Anzahl der Typen von Waffensystemen für ausgewählte Kategorien

Quelle: NATO, International Institute for Strategic Studies, SIPRI, EU-Kommission Grafik: Schimpfer

PESCO (Permanent Structured Cooperation). Beim Außenministerat in Brüssel Mitte November unterzeichnete auch Österreichs Außenminister Sebastian Kurz die entsprechende Vereinbarung. „An der Neutralität wird nicht gerüttelt“, betonte Kurz. Im Ministeratsbeschluss dazu heißt es: „Um weiterhin gleichberechtigt an der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik mitzuwirken, ist eine Beteiligung Österreichs – unter Einbindung der österreichischen Wirtschaft – an der PESCO von Beginn an erforderlich.“ Die österreichische Neutralität bleibe davon unberührt.

Was bedeutet PESCO genau – für die EU und im Speziellen für Österreich? EL-

ne Art Rahmen für vertiefte militärische Zusammenarbeit soll es werden, in dem sich die (nach dem Brexit) 27 EU-Staaten je nach ihrer Bereitschaft und Kompetenz individuell einbringen sollen. Jeder nach seinen Fähigkeiten und Material der EU-Militärärzte vereinhelicht werden.

Eine Art Hauptquartier – das allerdings wegen des britischen Widerstandes nicht so heißen darf – hat mittlerweile in Brüssel seine Arbeit

aufgenommen. 35 Mitarbeiter bilden den Kern dieses gemeinsamen Stabes zur Planung und Führung von EU-Auslandseinsätzen. Ab 2020 sollen es 500 Millionen Euro pro Jahr sein.

Gegen Zersplitterung
Der Europäische Verteidigungsfonds will aber auch der Zersplitterung des europäischen Rüstungsmarktes entgegen steuern. In der Regel geben Staaten ihr Geld für Rüstungskäufe national aus, nicht gemeinsam oder auf koordinierter Ebene. Genau das aber soll sich ändern, wenn es nach dem Willen der EU-Kommission geht.

Chance für Österreich
Auch für österreichische Sicherheits- und Verteidigungsunternehmen ergeben sich damit große Chancen. In der EU gibt es 178 verschiedene Waffensysteme, in den USA nur 30. Der Plan ist also auch hier: Schaffen Staaten-guppen in Zukunft gemeinsam militärisches Gerät an, sollen sie vom Europäischen Verteidigungsfonds unterstützt werden. 5,5 Milliarden Euro will die Kommission ab 2020 für diesen Fonds aufbringen – ein ehrgeiziges Ziel. Ob es erreicht werden kann, ist allerdings noch nicht klar.

Für unbeschwerte und sichere Urlaubstage.

reiseinformation.at

Damit wir Sie auch im Ernstfall erreichen können.

Gratis App-Download zur Reiseorganisation

Informationen zu Ihrem Urlaubstip finden Sie unter: www.reiseinformation.at

Ein Service des Außenministeriums

Bitte beachten Sie: Die Reiseinformation ersetzt nicht die Eigenverantwortung! Bei Notfällen im Ausland sind wir jederzeit unter +43-1-90115-4411 für Sie erreichbar.